



Bericht über den Fachworkshop des Bundesarbeitskreises FSJ (BAK FSJ), des Bundesarbeitskreises FÖJ (BAK FÖJ) und des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

„Freiwilligendienste - Orte politischen Lernens. Konzepte und Methoden“

am 22. Juni 2015 bei und in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Freiwilligendienste sind nach dem Verständnis der Veranstalter Bildungs- und Orientierungszeiten und eine besondere Form des Bürgerschaftlichen Engagements. Das Tätig werden und die Verantwortungsübernahme im Rahmen des gemeinnützigen Einsatzes bieten Freiwilligen ergänzend zum formalen Wissenserwerb die Möglichkeit, andere und neue Fähigkeiten auszuprobieren und Selbstwirksamkeit zu erfahren. Sie können in ihrem alltäglichen Wirken gesellschaftliche und politische Zusammenhänge wahrnehmen, demokratische Spielregeln erfahren und erproben und ihr Umfeld aktiv mitgestalten. Damit leisten Freiwilligendienste einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen und unterstützen den Erwerb emotionaler, sozialer sowie demokratischer Kompetenzen. Bedeutsam für die vielfältigen non-formalen Lernprozesse der Freiwilligen ist ihre kontinuierliche Begleitung durch Träger und Einsatzstellen und die Durchführung der gesetzlich verankerten Bildungstage. Ein wichtiger Bestandteil der Bildungstage ist in allen Formaten die politische Bildung. Dafür braucht es – auch hinsichtlich der Unterschiedlichkeit des Alters und des Bildungshintergrundes der Freiwilligen – gute pädagogische Konzepte, die auch die Verbindung zu den Alltagserfahrungen in den Einsatzstellen und deren Wahrnehmung als gesellschaftliche und gestaltbare Orte beinhalten.

Aktueller Anlass für die Diskussion von Konzepten und Methoden der politischen Bildung im Rahmen der Freiwilligendienste war eine Entscheidung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Die im Bundesfreiwilligengesetz (BFDG) vorgeschriebenen fünftägigen Seminare für politische Bildung sollen – wie bisher praktiziert – ausschließlich von den Bildungsstätten des Bundes durchgeführt werden. Anträge freier Trägerverbände, diese Seminare für die von ihnen betreuten BFD-Freiwilligen zu gestalten – wie sie dies für die Teilnehmenden der Jugendfreiwilligendienste seit Jahrzehnten tun – wurden abgelehnt.

Vor diesem Hintergrund veranstalteten BAK FSJ, BAK FÖJ und das BBE mit mehr als 40 Vertreter/-innen von Zentralstellen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen sowie fachwissenschaftlichen Expertinnen in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung einen gemeinsamen Workshop. Ziel des Workshops war es, eine Verständigung über die Besonderheiten der politischen Bildung in den Freiwilligendiensten herbei zu führen – vor allem über den Bezug der politischen Bildung zu den praktischen Tätigkeiten der Freiwilligen in den Einsatzstellen – und über die wesentlichen Aspekte für Konzeption und Durchführung.

Folgende Leitfragen lagen der Diskussion zugrunde:

- Welche Chancen eröffnen Freiwilligendienste für die politische Bildung?
- Durch welche Methoden, Settings und Strukturen können diese am besten genutzt werden?
- Vor welchen Herausforderungen stehen dabei Träger und Einsatzstellen?

Einleitungsreferat:

Politische Bildung im non-formalen Bildungskontext von Freiwilligendiensten

Unter diesem Titel stand der einleitende Vortrag von Professor Dr. Benno Hafener, emeritierter Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Marburg mit dem Schwerpunkt außerschulische Jugendbildung.

Ausgehend von der begrifflichen Differenzierung zwischen politischer Bildung, dem Erlernen von Fakten und Strukturen der Politik, des Staates und des gesellschaftlichen Zusammenlebens, der politischen Sozialisation und der Demokratiebildung stellte Hafener „politische Bildung“ in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Sie sei der vom Einzelnen vollzogene Prozess der Erschließung des Politischen. In diesem Prozess gehe es um die Auseinandersetzung mit Themen wie Macht, Herrschaft, Konkurrenz, Konflikte, aber auch um die Wahrnehmung von Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft. Dieser Prozess werde durch intendierte, formelle, aber auch durch informelle und non-formale Lern- und Erfahrungsangebote organisiert, gefördert und unterstützt. Die Tatsache „bilden tut sich jeder selbst“ sei keine Besonderheit der politischen Bildung, sondern betreffe Kultur, Medien, Ökologie u.a.

In Schulen finde politische Bildung formalisiert statt, organisiert und orientiert an einem vorgegebenen Wissenskanon und nicht selbstverständlich auf die Interessen und Erfahrungen der Schüler/-innen bezogen. Für eine solche Bezugnahme der politischen Bildung auf die Interessen und Erfahrungen der Teilnehmenden bestehe bei den Freiwilligendiensten mit ihren non-formalen und informellen Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten eine besondere Chance. Hier gehe es darum, mit welchen Angeboten es gelingen kann, die Erfahrungen der Teilnehmenden rational zu durchdringen und das Politische sichtbar zu machen.

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die 68er-Bewegung hat es eine heftige Diskussion um Neutralität versus Indoktrination beim Politikunterricht in den Schulen gegeben. Sie führte zum sogenannten Beutelsbacher Konsens, der dann auch für die Politische Bildung außerhalb von Schulen bedeutsam wurde. Beim anstehenden vierzigjährigen Jubiläum 2016 werde das dort vereinbarte Neutralitätsgebot, seine Ausdeutung und Handhabung - etwa in Bezug auf die politische Bildung bei den Freiwilligendiensten - sicher Gegenstand umfanglicher Diskussionen sein.

Bei der non-formalen politischen Bildung könne meist direkter an den Interessen und Bedarfen junger Menschen angesetzt werde, an ihrer Lebenswelt und an Fragen wie Lebensbewältigung, gelingende Übergänge, Emanzipation usw. Gleichzeitig könne besser ein dafür geeignetes Setting berücksichtigt werden, wie dies z.B. bei den Seminaren mit gemeinsamer Übernachtung gegeben sei, ergänzt durch die ganzjährige pädagogische Begleitung in den Einsatzstellen.

Um ansonsten an Politik Desinteressierte für das Erkennen und die Betrachtung des Politischen im Lebensalltag zu gewinnen, sei es meist wenig hilfreich, mit „Politischer Bildung“ zu werben. Vor allem bei Lebensälteren würden solche Angebote nur von „Vorgebildeten“ angenommen. Aber auch ältere Freiwillige seien durch eine klare Orientierung auf lebensweltliche Bezüge zu erreichen – durch die Diskussion von Themen wie Armut, Benachteiligung, Erfahrungen mit Ämtern etc., worüber viele von ihnen reden wollen, weil es sie beschäftigt.

Freiwilligendienste sind in besonderer Weise geeignet, diesen Zugang zu politischer Bildung sicherzustellen und die Teilnehmenden dauerhaft dafür zu interessieren. Sie sind eine Zeit des Übergangs und eine immerhin einjährige, freiwillige Phase des Experimentierens in einer realen Lebenswelt. Sie seien gut geeignet, die Teilnehmenden bei der Entwicklung eigener Perspektiven in dieser Welt zu unterstützen. Die neuen Erfahrungen, die Begegnung mit Ideen, über die sie noch nie nachgedacht haben, und mit Menschen, die sie als vorbildlich wahrnehmen, seien Grundlagen für eine dauerhafte Neugierde.

In der anschließenden Diskussion wurde thematisiert:

Die Bedeutung, die politische Bildung auch für die über 27-jährigen BFDlerinnen hat, und dass deren Interessen und „unsichtbare“ Erfahrungswelt ernst genommen werden müssen. Bei dieser Zielgruppe sei es besonders wichtig, die politische Bildung in Beziehung zu setzen zu deren Alltagsthemen, Sorgen und Nöten. Gerade die Zielgruppe der Ü 27, häufig seit längerer Zeit erwerbslos und an den Freiwilligendiensten mit besonderen Erwartungen teilnehmend, könnten den größten Gewinn aus der politischen Erwachsenenbildung ziehen.

Die Differenz zwischen Demokratiebildung/-kompetenz und politischer Bildung.

Bedeutung von Zeitzeugen in Zusammenhang mit Seminaren für die Gruppe Ü 27.

Neutralität in politischer Bildung gebe es überhaupt nicht. So zu tun, als ob es nur eine „objektive“ politische Meinung gebe (und der Seminarleiter über sie verfüge), sei in den Augen der Freiwilligen langweilig und falsch. Es gehe um die Gegenüberstellung unterschiedlicher Positionen, mit denen eine Auseinandersetzung stattfinden sollte.

Politische Bildung bei Freiwilligendiensten dürfe nicht wertneutral stattfinden, sie müsse die Gefühlswelt der jungen Menschen mit aufgreifen, Kontroversität und Streitbarkeit zulassen und damit auch gegen Rechtsextremismus „impfen“.

Den vorgetragenen Thesen sei zuzustimmen. Sie lieferten jedoch keine Begründung dafür, warum den Trägern der Jugendfreiwilligendienste in ihrer Funktion als Zentralstellen des BFD die Durchführung der Seminare für Politische Bildung bei den BFDler nicht ermöglicht werde.

Drei Inputs:

Werteorientierung und die Bedeutung praktischer Tätigkeiten in den Konzepten politischer Bildung

Politische Bildung aus Sicht des BAFzA

Karin Wild, Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), sieht in den BFD-Seminaren zur politischen Bildung der Bildungsstätten des Bundes eine Chance dafür, dass der Staat in den direkten Kontakt mit den Freiwilligen treten kann und damit eine wertende und Rahmen gebende Auseinandersetzung mit dem vom Staat organisierten Freiwilligendienst möglich sei. Die staatlichen Bildungszentren sicherten eine „weltanschaulich-neutrale politische Bildung im Sinne der Werte unserer Verfassung“, also des Grundgesetzes. Die internatsmäßige Unterbringung ermögliche eine positive Gruppenarbeit, die die Selbstorganisation der Jugendlichen stärke. Dabei würden individuelle Positionen wichtig genommen. Allerdings müsse die Politik weiter im Mittelpunkt stehen und nicht soziale Fragen. Ziel sei es, dass die Bildungszentren noch stärker in Verbindung gesehen werden mit einem Staat, der sich „unmittelbar und konkret im zwischenmenschlichen Kontakt“ zeige.

Nachfragen:

Was heißt weltanschauliche Neutralität bezogen auf Freiwilligendienste im Ausland und den dort sichtbaren unterschiedlichen Wertesystemen?

Der IB hat in seinem Plädoyer für politische Bildung dargelegt, dass für politische Bildung der Aspekt der Pluralität wesentlich ist. Inwieweit wird diese bei den Bildungszentren gewährleistet?

Wer ist ‚Staat‘ und wieso sind Bildungszentren bzw. deren Dozent/-innen Repräsentanten des ‚Staats‘?

Politische Bildung im ökologischen Bereich

Dirk Hennig, Vorsitzender des BAK FÖJ sieht im FÖJ erstens ein Angebot zur Mitgestaltung von Gesellschaft vor dem Hintergrund ökologischer Probleme und zweitens ein Angebot zur Entwicklung der dazu notwendigen Gestaltungskompetenzen. Das FÖJ entstand 1986, als Waldsterben ein großes Thema war und sich die Katastrophe in Tschernobyl ereignete. Ein „Weiter so“ schien unmöglich und insbesondere auch die junge Generation erkannte, so Hennig, die Notwendigkeit zu einem tiefgreifenden Wandel des Denkens und Handelns. Das FÖJ sei von Beginn an ein gesellschaftspolitisches Engagement- und Bildungsjahr gewesen und wird bei allen 49 FÖJ-Trägern in Deutschland in ähnlicher Weise praktiziert. Die politische Bildung im FÖJ setze sich mit der Pluralität von Meinungen auseinander und fordere damit die Freiwilligen dazu auf, eigene Positionen zu finden und sich in demokratischen Prozessen mit der eigenen Meinung gestaltend einzubringen. Es gehe



beim FÖJ darum, die Interessen und Aktivitäten der Teilnehmenden in den Mittelpunkt zu stellen und gesellschaftspolitische Fragen mit der individuellen Lebenswelt zu verknüpfen. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und politische Bildung würden dabei Hand in Hand gehen. BNE und politische Bildung seien dabei keine eigenen Seminarthemen, sondern vielmehr Teil des pädagogischen Gesamtkonzepts des FÖJ. Besonders das gemeinschaftliche Lernen in festen Seminargruppen fördere dabei das Demokratielernen. Wesentliche Elemente des Engagement- und Bildungsangebotes seien unter anderem die Seminare (bei deren Vorbereitung und Durchführung die Teilnehmenden mitgestalten), die Projekte (bei denen sich die Freiwilligen wirksam an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen) und das Sprechersystem (über das die Freiwilligen an allen Entscheidungen von Trägern und Politik mitwirken). Durch ein FÖJ motivierte, kritische und zu mündigen Bürgern gereifte Menschen, die ihre Gestaltungskompetenz ausreichend weiterentwickelt haben, würden sich auch über ihr FÖJ hinaus weiter bürgerschaftlich engagieren.

Politische Bildung im sozialen Bereich

Christian Burmeister, Freiwilligendienste-Koordinator der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Hamburg, machte darauf aufmerksam, dass für FSJ und BFD die gleichen Konzeptkriterien zu gelten hätten: Es ginge um Fragen des sozialen/gesellschaftlichen Engagements, der Partizipation, der impliziten und der expliziten politischen Bildung. Nicht vergessen werden dürfe dabei, dass die Teilnehmer/-innen der Freiwilligendienste mit ihrer Entscheidung für einen Träger/eine Einsatzstelle auch eine Werteentscheidung trafen. Zum Prozess der politischen Bildung gehöre die Entwicklung eines „Kompasses“ für die Wahrnehmung der Beziehung zwischen der Tätigkeit in den Einsatzstellen und den gesellschaftlich-politischen Zusammenhängen. Aktuelle gesellschaftliche Ereignisse, die den Alltag der Freiwilligen betreffen, könnten Anlass sein, um Strukturen und Zusammenhänge sehen zu lernen. Ein Beispiel sei der Kita-Streik, der Auswirkungen auf die Einsatzerfahrungen vieler Freiwilliger gehabt habe. Um solche Bildungsprozesse und auch die spätere Bereitschaft für Engagement zu erreichen, sei es eher notwendig, an den unmittelbaren Erfahrungen der Teilnehmer/-innen anzusetzen, statt für Seminare unter dem Titel ‚Politische Bildung‘ zu werben.

In der anschließenden Diskussion wurde thematisiert:

Es bestehe offenbar darüber Einvernehmen, dass die politische Bildung an praktischen Erfahrungen in den Einsatzstellen ansetzen müsse. Dafür sei jedoch eine besondere Qualität der Einsatzstellen Voraussetzung - nicht alle seien geeignete Orte für Freiwilligendienste, für Bildung und Orientierung. Darauf müsse beim Einsatz von Freiwilligen verstärkt geachtet werden.

Nicht nur beim FÖJ, sondern auch beim FSJ würde politische Bildung dazu beitragen, dass die Teilnehmenden problematische Situationen deutlicher wahrnehmen und motiviert werden, sich für Veränderungen zu engagieren.

Engagement und Bereitschaft zu (politischer) Veränderung könne nicht gleichgesetzt werden.



Das Staatsverständnis der BAFzA könne nicht nachvollzogen werden, wie auch die Feststellung, dass nur in den Bildungseinrichtungen des Bundes die Freiwilligen in Gestalt der Pädagog/-innen „dem Staat“ begegnen könnten.

Der Staat verfolge keine eigenen Interessen und könne deshalb über den jeweiligen Interessen der Träger stehen und eine ausgleichende Struktur über den Interessen bieten. Die Pädagog/-innen der Bildungsstätten des Bundes würden diese übergreifende Struktur und eine gesamtgesellschaftliche Perspektive repräsentieren.

In den fünftägigen BFD-Seminaren zur politischen Bildung komme das besondere Rechtsverhältnis des BFD zum Tragen – die Freiwilligen schließen mit dem Bund eine schriftliche Vereinbarung ab (bei den Jugendfreiwilligendiensten erfolgen diese Vereinbarungen zwischen Freiwilligen, Trägern und Einsatzstellen).

Es sei nicht nachvollziehbar, warum die Staatsbediensteten in den Bildungsstätten Repräsentant/-innen des Staates seien. Lehrer/-innen seien auch Staatsangestellte und würden nicht als Vertreter/-innen des Staates wahrgenommen.

Die Träger/Zentralstellen seien durch ihre Seminararbeit und die kontinuierliche Begleitung der Freiwilligen gut informiert über deren Tätigkeiten in den Einsatzstellen und könnten deshalb diesen relevanten Anknüpfungspunkt für die politische Bildung intensiv nutzen. Ein solcher Bezug fehle bei den Dozent/-innen der Bildungsstätten. Vieles spreche deshalb dafür, Formen der Kooperation mit diesen zu entwickeln, um die Interessen und Ansätze der Freiwilligen besser zu integrieren.

Bei der „inhaltlichen“ Begründung, nur in den Bildungsstätten könne Politische Bildung den direkten Kontakt zwischen Staat und Freiwilligen ermöglichen, werde nicht mehr erwähnt, dass es ursprünglich um eine „Vorhaltefunktion“ für die sehr eilige „Aussetzung“ von Zivil- und Wehrdienst gegangen sei, sie nach dem faktischen Aus für diese Dienste also nicht mehr erforderlich sind. Jetzt seien deshalb neue Gründe für die dauerhafte Aufrechterhaltung der Bildungsstätten gesucht worden.

Die Aufrechterhaltung der Bildungsstätten entspreche dem Beschluss des Bundestages.

Eine staatliche Institution wie die Bildungsstätten des Bundes habe gute Möglichkeiten, Jugendlichen „Staat“ erfahrbar zu machen und laut Prognos-Studie zu den Bildungsstätten schätzten auch die Freiwilligen diese Einrichtungen.

Es gebe jährlich einen Erfahrungsaustausch der Dozent/-innen der Bildungsstätten mit den freien Trägern, an andere Kooperationen sei augenblicklich nicht gedacht.

Abschlussdiskussion

Die abschließende Podiumsdiskussion wurde von Susanne Rindt, Abteilungsleiterin AWO Bundesverband, moderiert.



Jona Heitzer, einer der Bundessprecher im FÖJ, machte deutlich, dass der Freiwilligendienst für ihn ein Ort des politischen Lernens war und er vor allem die Seminare als wichtige, frei gestaltbare Möglichkeiten auch für Diskussionen, die nicht vorgesehen waren, erlebt habe. Er sei neugierig auf das Politische geworden.

Auf die Frage, ob und wie das Ineinandergreifen der in den Einsatzstellen gemachten Erfahrungen mit den Seminaren stattfinden, legte Marco Koppe, Bildungsreferent Bundesverband Deutsche Tafel e.V., dar, wie dies auch bei der Gruppe der Ü27-Freiwilligen ohne das Label „politische Bildung“ eigentlich selbstverständlich möglich sei. Bei der täglichen Wahrnehmung von Armut auf der einen Seite und Lebensmittelverschwendung auf der anderen stelle sich die Frage nach dem „Warum“ und danach, was geändert werden müsste, fast automatisch. Allerdings sei die Gestaltung der Seminare mit 90% Teilnehmenden der Gruppe Ü 27 und einer großen Heterogenität (von Hartz IV-Empfänger/-innen bis zum/r pensionierten Arzt/Ärztin) eine große Herausforderung. Klar sei allerdings, dass an den jeweiligen Interessen anzusetzen sei.

Mathias Schmitt, Referent Freiwilligendienste Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, nannte als Ziel politischer Bildung, das Bewusstwerden der Möglichkeiten eines selbstwirksamen gesellschaftlichen wie politischen Handelns zu unterstützen. Es gehe beim FSJ selten direkt um politische Veränderungen. Für diesen Bildungsprozess seien die Heterogenität der Teilnehmer/-innen und ihre unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche (Flüchtlinge, behinderte Menschen, Kinder...) eine besondere Chance. Es sei notwendig, die Frage einer guten Lernumgebung zu klären und dabei auch das Verhältnis zu den Bildungseinrichtungen des Bundes weiter zu entwickeln und zu verbessern.

Dr. Anne Ulrich, Referentin für Demokratie in der Heinrich Böll Stiftung, skizzierte den besonderen Bezug einer vom Staat finanzierten und deshalb keineswegs rein zivilgesellschaftlichen politischen Stiftung zur politischen Bildung. Angeboten wird hier allgemein ein Raum für Kontroversen, wobei auch die Befassung mit politischen Strukturen und Wissen über die Funktionen von Politik als Voraussetzung für politisches Handeln und über politische Veränderungen wichtig ist. Immer wieder auszuhandeln ist auch hier das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Um dieses Verhältnis gehe es auch bei der hier aufgeworfenen Frage, warum eine staatliche Bildungseinrichtung eine Nähe zwischen Staat und Freiwilligen besser vermitteln könne und warum sie den Anspruch der Neutralität bei politischer Bildung für sich reklamieren. Diese Frage sei noch nicht beantwortet. Die Böll-Stiftung werde sich gerne beteiligen an der Neuformulierung des Beutelsbacher Konsenses. Dabei müsse verstärkt auch die Tatsache eine Rolle spielen, dass unsere Gesellschaft eine wachsende Vielfalt aufweise, die sich in politischer Bildung und ihren Konzepten niederschlagen müsse.

Julia Böhnke, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR), erklärte, dass auch ihr Verband durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes finanziert werde, aber frei in der Gestaltung und Durchführung der Bildungsarbeit sei. Bei den Mitgliederverbänden fände politische Bildung in unterschiedlicher Weise statt, als Werkstätten der Demokratie, die die Jugendlichen freiwillig besuchten. Bei der politischen Bildung verfügen Jugendverbände über die besondere Chance, Brücken zu unterschiedlichen Positionen und Einschätzungen zu schlagen, weil es sich bei den organisierten Jugendlichen immer weniger um homogene Gruppen handle. Das zeige sich derzeit sehr positiv bei den vielen Gedenktagen. Einige Verbände seien auch Träger/Zentralstellen



von Freiwilligendiensten. Für diese sei politische Bildung nicht mit einem Fünf-Tage-Seminar erschöpft, sondern finde wesentlich in dafür geeigneten Einsatzstellen statt, es gehe deshalb wesentlich um die Qualität des Einsatzes. „Wertneutralität“ passe hingegen nicht zu politischer Bildung. Hierzu gehörten nicht nur unterschiedliche Positionen, sondern auch Konflikte und Kontroversen, die es möglich machen zu lernen, wie mit diesen umgegangen werden kann.

Zusammenfassung des Workshops

Dr. Jaana Eichhorn, Deutsche Sportjugend, resümierte die Ergebnisse:

Die Erfahrungswelt der Freiwilligendienste sei in Verbindung mit den Seminaren eine große Chance für politische Bildung. Mit der Verpflichtung zur Teilnahme an Bildungsseminaren während des FSJ, FÖJ und BFD könnten viele Menschen erreicht werden, die sich „eigentlich“ für Politik nicht interessieren, auch bei der Gruppe der Ü 27. Allerdings müsse die Auseinandersetzung mit dem Politischen niedrigschwellig erfolgen, an den individuellen Interessen, an der Lebens- und Erfahrungswelt der Freiwilligen in den Einsatzstellen und außerhalb ansetzen. Politische Bildung müsse hier, statt einer einseitigen Vermittlung bestimmter Inhalte, vor allem den Austausch und die Diskussion auch sehr unterschiedlicher und kontroverser Erfahrungen in den Mittelpunkt stellen. Eine Herausforderung für die Träger sei es, Konzepte zu entwickeln, die diese Chance für die politische Bildung der Teilnehmer/-innen durch und in den Freiwilligendiensten umsetzen können. Zu Klärung dieser Aspekte hätte der Workshop wichtige Impulse gegeben.

Weitere Gespräche zwischen Zentralstellen, Trägern und Bildungszentren seien allerdings mit Blick auf die Freiwilligen notwendig, vor allem hinsichtlich einer Verständigung zum Thema „Neutralität“ von politischer Bildung und was „direkter Kontakt zwischen Staat und Freiwilligen“ bedeute.

Moderation: Dr. Jaana Eichhorn, Deutsche Sportjugend

Protokoll: Dr. Christa Perabo, Sprecherin der AG 3 „Freiwilligendienste“ des BBE // Dr. Jaana Eichhorn, Deutsche Sportjugend